



Erschwerniszulagenverordnung (EZuIVO)

Minister Lewentz nennt erstmals Beträge

Die zahllosen GdP-Gespräche und Aktionen zeigen erste Erfolge: Die DUZ-Zahlung wird angehoben. Aus GdP-Sicht ein erster wichtiger Schritt. GdP-Vize Gabler fordert die Dynamisierung der Zulagen.

In der Sitzung des Innenausschusses am 4. Dezember 2014 hat Innenminister **Roger Lewentz** den teilnehmenden Parlamentariern mitgeteilt, der Entwurf einer landesspezifischen Erschwerniszulagenverordnung liege jetzt vor.

Nach Aussage von Lewentz sollen sämtliche Beträge der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) "deutliche strukturelle Korrekturen erhalten, um damit eine finanzielle Anerkennung der besonderen Belastungen und Erschwernisse, insbesondere für die seit längerer Zeit statischen Zulagen für Nachtdienste und Dienste an Samstagen, zum Ausdruck zu bringen".



Die GdP hat die maßgeblichen Innenpolitiker aller Fraktionen zu Einsätzen und Nachtdiensten mitgenommen. Das Foto zeigt H W Gabler bei der Auszahlung des "DuZ" an MdL Wolfgang Schwarz nach einem Nachtdienst in Landau.

In Zahlen bedeutet dies:

DuZ an Sonntagen:	3,21 €	statt bisher 2,98 €
DuZ an Samstagen:	0,90 €	statt bisher 0,77 €
DuZ zur Nachtzeit:	1,65 €	statt bisher 1,28 €

Die Erhöhungen führen durchschnittlich zu einer monatlichen Erhöhung von ca. 30 Euro für den Wechselschichtdienst.

EU-Recht für Teilzeitbeschäftigte

Laut Minister Lewentz soll der Verordnungsentwurf für teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamte eine Anpassung an EU-Recht beinhalten. Dabei geht es um die Anspruchsgrundlage, die sich anteilig nach dem Arbeitszeitanteil errechnet.

Heinz Werner Gabler: "Die GdP-Aktionen zum Thema Erschwerniszulagen zeigen erste Erfolge. Es war richtig, mit politischen Entscheidungsträgern Nachtdienste zu verrichten und sie zu Einsätzen mitzunehmen. Nach über 25 Jahren kommt Bewegung in die DuZ-Zahlung. Ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung."

Zulagen dynamisch gestalten und über Beträge reden

Nun komme es darauf an, dass die Zulagen insgesamt dynamisch gestaltet würden, meint Gabler weiter .

GdP-Chef **Ernst Scharbach** fügt hinzu: "Über die derzeit genannten Beträge wird man reden müssen, denn deutlich sieht anders aus".

GdP-Vize **Bernd Becker** mahnt an, die Zulage für Spezialeinheiten noch einmal in den Fokus zu nehmen. Becker: "Aus GdP-Sicht gehören die K/16 der Präsidien und die Observationseinheiten des Verfassungsschutzes zu dem berechtigten Personenkreis".

Verbandsanhörung

Der jetzt bevorstehenden Verbandsanhörung wird insgesamt eine hohe Bedeutung zukommen, erklärt GdP-Vize. Da gehe es um jedes Detail.

Der Landesvorstand
